

Auszug aus Protokoll 267 vom 25. August 2025

TOP 3 Schwerpunktthema

"Himmelgeister Deich: Anmerkungen von BUND, Nabu und Fachforum Lebensraum Stadt zur geplanten Sanierung"

Referent: Klaus Kurtz

Klaus Kurtz ist Vorsitzender des BUND Düsseldorf und des Fördervereins „Wald am Rhein“ und Sprecher der Deichkonferenz, einem Bündnis von BUND, Nabu und Fachforum der LA (als Mitglieder des Nachhaltigkeitsbeirats) sowie weiteren Vereinen und Initiativen.

Referat

Der Deich im Himmelgeist ist überaltert und muss saniert werden. Strittig ist nicht der Abschnitt in der Ortslage Himmelgeist. Mit den entsprechenden Planungen ist die Deichkonferenz (DK) völlig einverstanden – Planungen, die bis heute allerdings nicht umgesetzt worden sind. Es geht um den Deichverlauf „in der Landschaft“. Die Stadt hält an der Sanierung des Deiches auf der bestehenden Trasse fest, während die DK aus Gründen des Hochwasser- und Naturschutzes eine Rückverlegung für notwendig hält. Klaus Kurtz ging auf die lange Geschichte der Planungen ein und auf die Auseinandersetzungen um eine Rückverlegung. Er unterstützte seine Ausführungen mit Bild- und Kartenmaterial, u.a. mit NRW-Hochwasserkarten. (Siehe auch die Folien im Anhang). Auf diesen Karten sind auch alte Flutrinnen hinter dem Deich zu erkennen, die ein früheres Überschwemmungsgebiet anzeigen. Solche Gebiete sollen laut Wasserhaushaltsgesetz „so weit wie möglich“ wieder hergestellt werden.

Während in früheren behördlichen Dokumenten noch eine Rückverlegung empfohlen wurde, änderte sich dies ab 2002 per politischer Entscheidung seitens Land und Stadt. Für den Deich im Himmelgeister Rheinbogen (HRb) wird seitdem nur die Sanierung und nicht auch die Rückverlegung geplant. Seit 2020 steht dieses Vorgehen in Widerspruch zu einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster. Die Verwaltung versucht, das Verfahren zu „heilen“, ohne die Planungen zu erweitern. Anfang Mai 2025 hat sie im Umweltausschuss ihre Argumente vorgetragen, gestützt auf die Expertise eines Gutachters aus Cottbus.

Die DK beurteilt das Gutachten als „fachlich dürftig“. Z.B. sei es inzwischen gängige Praxis, Flutrinnen zu vertiefen und Gelände zum Teil abzutragen, damit eine Weich- und eine Hartholzauwe entstehen kann. Der Rheinbogen sei ein wichtiger Retentionsraum für höhere Hochwässer – zusammen (!) mit den rund 40 Maßnahmen entlang des Rheins kann er die Hochwasserwelle um rund einen halben Meter absenken. Aktuell springt im Osten des Rheinbogens der Deich keilförmig nach Süden vor. Dort ergibt sich bei Überflutungen eine Engstelle, die das Rheinwasser aufstauen würde. Das betreffe auch die Nachbargemeinden, und der Deich selbst wäre gefährdet. Für die im Bereich liegenden Kleingärten ließen sich doch sicher Ersatzstandorte finden.

Als Hauptargument gegen eine Rückverlegung verweist die Stadt auf die sehr hohen Kosten, wenn sie das Gebiet von der Arenberg-Schleiden GmbH erwerben wollte. Über den möglichen Verkauf wurde 1975 zwischen Eigentümerin und Stadt ein Vertrag geschlossen, als Gegenleistung für Flächenabtretungen beim Bau der Fleher Brücke. Der BUND hat nun ein „Auskunftsbegehren“ gestellt, damit der Vertrag offengelegt wird.

Diskussion

Die Anwesenden fragten sich, warum in Politik und Stadtgesellschaft der HRb so wenig präsent ist. Im Nachhaltigkeitsbeirat hatte Klaus Kurtz nur zwei Minuten zur Verfügung, um den Standpunkt der DK

darzulegen und zwei Folien zur Verfügung zu stellen. Viele Politiker:innen im Nachhaltigkeitsbeirat seien wenig informiert, gäben z.T. auch falsche Infos weiter. Bei der Präsentation des von der Stadt beauftragten Gutachtens im Stadtrat sei bei den Parteien eine deutliche Erleichterung sichtbar gewesen. Auch die SPD ist inzwischen gegen eine Rückverlegung. Im Naturschutzbeirat dagegen hätte Kurtz das Thema einbringen können, auch mit Folien. Man müsse auch einbeziehen, wer hinter Arenberg-Schleiden steht: Alter Hochadel, Grundbesitz, Jagdpachten, Beziehungen usw. Im Falle einer Enteignung könne übrigens direkt auf das Gelände zugegriffen, geplant und gebaut werden, Klagen hätten keine aufschiebende Wirkung.

Im Herbst will die Bezirksregierung ihren Planfeststellungsbeschluss veröffentlichen, danach will die Stadt planen und bauen. Nach juristischer Prüfung wollen BUND, Nabu und die „Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW“ (LNU) gegebenenfalls dagegen klagen. Vorher schon will Klaus Kurtz mit Visualisierungen die Alternativen der Deichrückverlegung öffentlich bekannt machen.

Lika Weingarten